# Deutschland in internationalen Vertragssystemen

#### Reinhard Paesler

Zu den wichtigsten und von den Auswirkungen her bedeutendsten Charakteristika des derzeit ablaufenden Globalisierungsprozesses gehört aus wirtschaftsund politisch-geographischer Sicht die zunehmende internationale Vernetzung staatlicher Aktivitäten. Sie regelt sich

mittels zwischenstaatlicher Vertragssysteme, durch die mehrere souveräne Staaten überstaatliche Organisationen gründen, sich zu gemeinsamem Handeln oder zur Erreichung gemeinsamer politischer Ziele in diese einbinden lassen und dabei meist auch gewisse Berei-

che ihrer Souveränität aufgeben, um sie auf diese Organisationen zu übertragen.

# Vertragssysteme als Zeichen der Globalisierung

In früheren Jahrhunderten bezogen sich Vereinbarungen und Bündnisse zwischen Staaten und ihren Herrschern in der Regel auf den militärischen Bereich, seltener auf gemeinsame wirtschaftliche oder etwa religiöse Zielsetzungen. Häufig waren es nur kurzfristige Zweckbündnisse. Erst im Lauf des 19. Jhs. entwickelten sich, vor allem aufgrund des technologischen Fortschritts und des zunehmenden internationalen Warenhandels und Verkehrs, dauerhafte staatliche Vertragssysteme mit festem organisatorischem Rahmen. Zu nennen sind z.B. der Weltpostverein, die Internationale Eisenbahn-Kongress-Vereinigung oder die Internationale Meteorologische Organisation.

Die Vielzahl der heutigen internationalen Organisationen entwickelte sich jedoch erst nach dem Ersten und insbesondere dem Zweiten Weltkrieg, wohei ganz unterschiedliche Beweggründe vorlagen: einerseits die Bestrebung, nach den großen Kriegen eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen (Völkerbund, UN  $\bigcirc$ ), andererseits der Wunsch, im Zeichen eines bipolaren politischen Weltsystems andere Staaten politisch und militärisch an sich zu binden (NATO, Warschauer Vertrag 3). Weitere Motive waren, zur Steigerung des Wohlstands der Völker durch wirtschaftliches Wachstum nationalstaatliche Grenzen zugunsten regionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu überwinden (EWG, EG und EU 4), NAFTA, CARICOM u.a. 6), den Welthandel zu erleichtern (GATT. WTO) bzw. Entwicklungszusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu institutionalisieren (AKP-Staaten 2); daneben gab es das Bestreben, Staaten mit ähnlichem historischem oder kulturellem Hintergrund oder in räumlicher Nachbarschaft in mehr oder weniger loser Form zwecks gemeinsamer Interessenvertretung, evtl. auch partieller wirtschaftlicher Kooperation, zu verbinden (The Commonwealth, Arabische Liga 2, GUS 5).

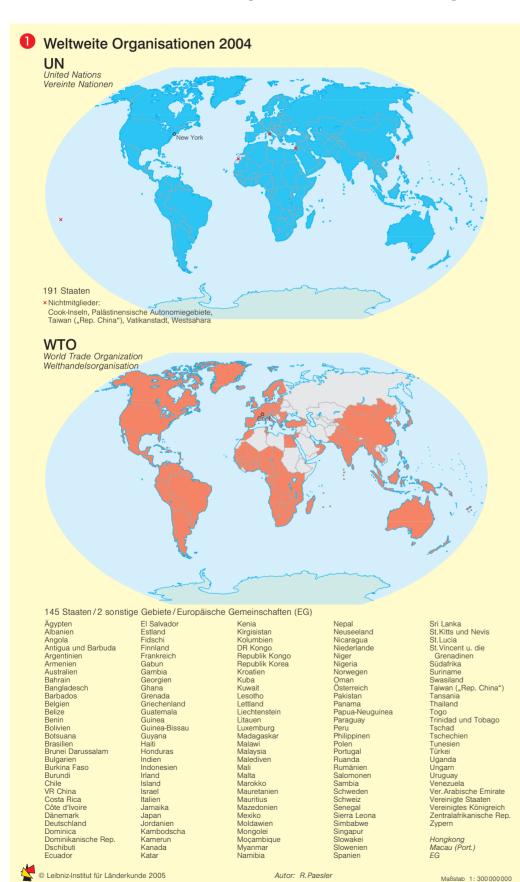
Den höchsten Grad an Integration erreicht die Europäische Union (EU). Sie besteht nicht nur aus einer Wirtschaftsund Währungsunion (EWWU), sondern besitzt nach einer längeren Entwicklung von der EWG über die EG zur EU inzwischen auch Elemente gemeinsamer Legislative, Exekutive und Judikative und könnte sich in längerer Perspektive von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat entwickeln. Ähnlich enge Bindungen zwischen Staaten und

Territorien existieren sonst nur im Fall der letzten noch verbliebenen Kolonien oder autonomer, d.h. teilselbstständiger Übersee- oder Außengebiete von Industriestaaten (z.B. Großbritannien: Bermuda-Inseln, Gibraltar, Falkland-Inseln usw.; Dänemark: Grönland; USA: Puerto Rico: Guam u.a.).

#### Weltweite Staatenbünde

Als Beispiele für internationale Organisationen und Vertragssysteme, die die gesamte Welt umfassen, seien die UN und die WTO genannt. Ihnen gegenüber stehen Organisationen, die sich in einem Kontinent bzw. in räumlich benachbarten Kontinenten konzentrieren, wie die EU, die GUS oder die NATO.

Unter den weltweit tätigen Organisationen nimmt die UN eine Sonderstellung ein, da ihr als weltumspannender politischer Organisation im weitesten Sinn mit wenigen Ausnahmen alle Staaten der Erde als Mitglieder angehören 1. Derzeit (2004) hat die UN 191 Mitglieder; nicht zu ihr gehören z.B. die Cook-Inseln, die Demokratische Republik Sahara, die Palästinensischen Autonomiegebiete, die Republik China (Taiwan) sowie die Vatikanstadt. Deutschland arbeitet in der UN nicht nur aktiv mit (Mitglied seit 1973), sondern ist mit einem Beitragsanteil von 9,825% des Budgets der drittwichtigste Finanzier der Weltorganisation. Deutschland ist darüber hinaus Mitglied in allen einschlägigen, d.h. für Europa und die Industriestaaten relevanten Sonderorganisationen, Spezialorganen und -programmen. Beispielhaft sind zu nennen die ILO (Internationale Arbeitsorganisation), die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation), die UNESCO (Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), die ICAO (Internationale Zivilluftfahrt-Organisation), die IBRD (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, "Weltbank"), das UNEP (Umweltprogramm), die UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz), die UNICEF (Kinderhilfswerk), die WHO (Weltgesundheitsorganisation), der IWF (Internationaler Währungsfonds) usw. Nicht zu den UN-Sonderorganisationen zählt die WTO (Welthandelsorganisation), die jedoch mit der UN in besonderen vertraglichen Beziehungen steht. 1994 als Nachfolgeorganisation des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, seit



## Organisationen der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und/oder kulturellen Zusammenarbeit (Auswahl, Stand 2004)

### Weltweit tätige Organisationen und Zusammenschlüsse

AKP-Staaten – 77 Partnerstaaten der EU im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum; Abkommen 2000 unterzeichnet, 2003 in Kraft getreten The Commonwealth – 53 mit Großbritannien verbundene Staaten, meist ehemalige Kolonien; 1931 als Vereinigung definiert, seit 1949 ohne Verpflichtung auf die britische Krone G8 – Gruppe der sieben führenden Industrienationen zuzüglich Russlands:

dustrienationen zuzüglich Russlands; führt seit 1975 Weltwirtschaftsgipfel durch (zunächst als G7)

GATT – General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; 1947 unterzeichnet, seit 1994 Abkommen der WTO

IAEA – International Atomic Energy Agency, Internationale Atomenergiebehörde; 137 Mitglieder, 1956 gegr. OECD – Organization for Economic Cooperation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; 30 Mitglieder, überwiegend Industrienationen, 1960 gegr.

OIC – Organization of the Islamic Conference, Organisation der Islamischen Konferenz; 57 Mitglieder; 1969 gegr.
OPEC – Organization of Petroleum Exporting Countries, Organisation Erdöl exportierender Länder; legt Öl-Förderquoten fest; 11 Mitglieder, 1960 gegr.
UN – United Nations, Vereinte Nationen; 191 Mitglieder, 1945 gegr.

WTO – World Trade Organization, Welthandelsorganisation; zu den WTO-Verträgen gehört das GATT; 147 Vertragsstaaten plus die EU, 1994 gegr.

## Kontinentweit tätige Organisationen und Zusammenschlüsse

ASEAN – Association of Southeast Asian Nations, Verband südostasiatischer Staaten mit der Freihandelszone AFTA; 10 Mitglieder, 1967 gegr. AU – African Union, Afrikanische Union;

53 Mitglieder, 2002 gegr. CAFTA – US/Central American Free Trade Agreement; 6 Mitglieder, 2004

gegr.
CAN – Comunidad Andina de Naciones,
Vereinigung der Andenstaaten; 5 Mitglieder, 1969 gegr.

CARICOM – Caribbean Community, Kari-

bische Gemeinschaft mit dem seit 1973 bestehenden gemeinsamen Markt CCM (Caribbean Common Market), 15 Mitglieder, 1962 gegr.

CE – Council of Europe, Europarat (ER); Instanz zum Schutz von Demokratie, Menschenrechten und der gemeinsamen kulturellen Identität; 45 Mitglieder, 1945 gegr.

gegr.
COMESA – Common Market for Eastern and Southern Africa, Gemeinsamer
Markt des östlichen und südlichen Afrika; 20 Mitglieder, 1994 gegr.

ECOWAS – Economic Community of West African States, Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten; 15 Mitglieder, 1975 gegr.

EFTA – European Free Trade Association, Europäische Freihandelszone; 4 Mitglieder, 1960 gegr.

EU – Europäische Union; 25 Mitglieder, 1958 gegr.

GUS – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, Vereinigung ehemaliger Sowjet-Republiken; 12 Mitglieder, 1991 gegr. LAS – League of Arab States, Arabische Liga; 22 Mitglieder, 1945 gegr. und 1950 durch einen Verteidigungspakt ergänzt MCCA – Mercado Común Central Americano, Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt; 5 Mitglieder, 1961 gegr. MERCOSUR – Mercado Común del Sur, Gemeinsamer Markt des Südens; 4 Mitglieder, 1995 gegr. NAFTA – North American Free Trade

Agreement, Nordamerikanische Freihandelszone; 3 Mitglieder, 1994 gegr.
NATO – North Atlantic Treaty Organization, Organisation des Nordatlantik-Vertrags; 26 Mitglieder, 1949 gegr.
OSCE/OSZE – Organization for Security and Co-operation in Europe, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; ehem. KSZE; 55 Mitglieder, 1975 gegr.

SAARC – South Asian Association for Regional Cooperation; 7 Mitglieder, 1985

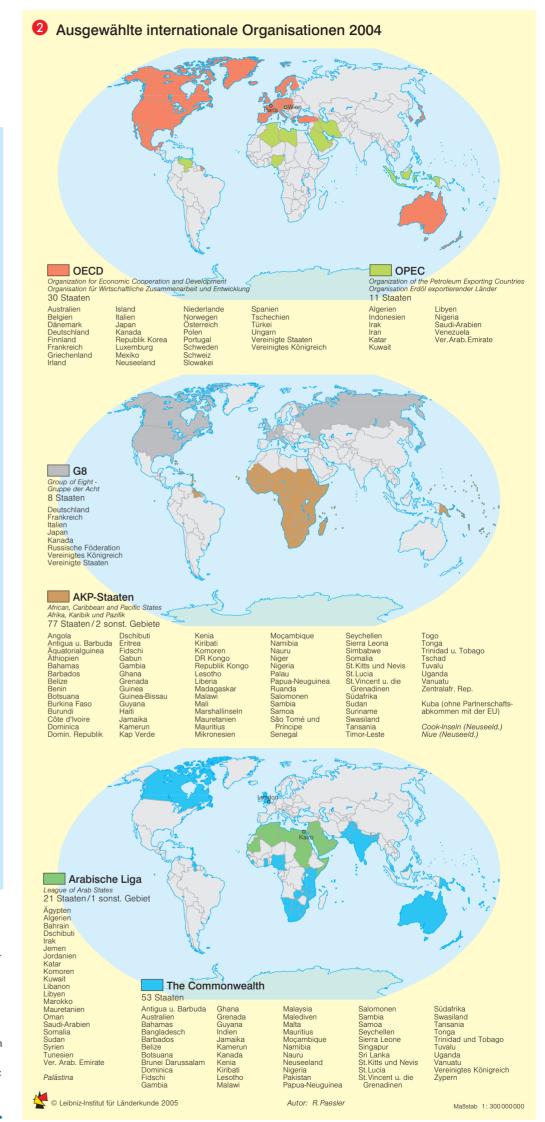
SADC – Southern African Development Community, Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas; 14 Mitglieder, 1980 gegr.

SAFTA – South Asian Free Trade Area, Südasiatische Freihandelszone; 2004 unterzeichnetes Abkommen zum Aufbau eines Wirtschaftsraums der SAARC

1947) gegründet, soll die WTO die internationalen Handelsbeziehungen regeln, Handelspraktiken überprüfen und bei Handelskonflikten für Streitschlichtung sorgen. Wichtigstes Ziel ist die Liberalisierung des Welthandels durch den Abbau von Handelshemmnissen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Der Sitz der UN ist bekanntlich in New York; weitere Standorte von UN-Organisationen sind Genf, Wien, Rom, Paris und andere Städte. In Deutschland unterhält die UN mehrere Verwaltungen in der Bundesstadt Bonn. Neben der deutschen Filiale des United Nations Information Center residieren in Bonn das Hauptquartier von UNV (United Nations Volunteers, Freiwilligenprogramm für technische und humanitäre Hilfe), die Sekretariate von UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change), UNCCD (United Nations Convention to Combat Desertification) und UNEP/CMS (Convention on the Conservation of Migratory Species of Wild Animals) sowie ein Zweigbüro der ILO (Hauptsitz Genf).

Die meisten weltweit tätigen Organisationen und Vertragssysteme, von →



## Mitgliedschaft in der EWG/EG/EU nach dem Beitrittsdatum

Gründungsmitglieder (1957/58): Belgien, BR Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande Mitgliedschaft seit 1973: Dänemark, Großbritannien, Irland

Mitgliedschaft seit 1973: Danemark, Großbritannien, Irland Mitgliedschaft seit 1981: Griechenland

Mitgliedschaft seit 1981: Griechenland Mitgliedschaft seit 1986: Portugal, Spanien

Mitgliedschaft seit 1995: Finnland, Österreich Schweden Mitgliedschaft seit 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn,

Zypern

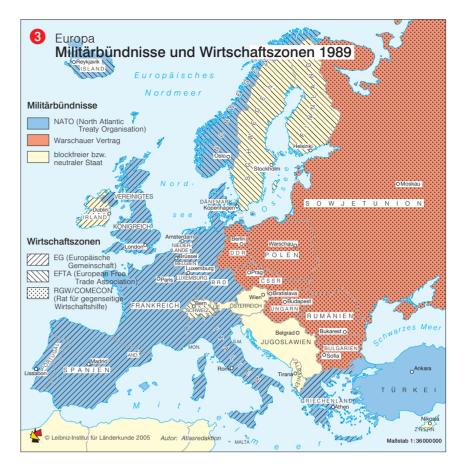
Beitrittskandidaten in unterschiedlichen Stadien der Verhandlungen: Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Türkei Mitgliedschaft in der **EWWU** (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, "Euroland"): Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien Unterzeichnerstaaten des **Schengener Abkommens** ("Schengenraum") zur Grenzkontrollfreiheit in Europa: alle EU-Mitgliedsstaaten bis Beitrittsjahr 1995 außer Großbritannien und Irland, zusätzlich Island und Norwegen

EG-AKP-Partnerschaftsabkommen – Abkommen mit 77 (Stand 2004) afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, denen in einem Assoziationsvertrag mit der EU (Lomé-Abkommen von 1975 und weitere Nachfolgeverträge) zugestanden wird, Waren weitgehend zollfrei in die EU zu exportieren

denen eine repräsentative Auswahl in den Karten dargestellt ist, dienen wirtschaftlichen Zielen. Die OECD 2 – gegründet 1960 als Nachfolgeorganisation der 1948 geschaffenen, den US-Marshall-Plan koordinierenden Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECC) – zielt auf die Förderung und Koordination der Wirtschafts-, Währungs- und Entwicklungspolitik ihrer Mitglieder. Deutschland ist Gründungsmitglied. Neben allen Industriestaaten gehören ihr auch einige Schwellen- und Transformationsländer an, wie Mexiko, Südkorea, Polen und Ungarn. Sonderorganisationen der OECD sind die Internationale Energie-Agentur (IEA) und die Kernenergie-Agentur (NEA).

Die sieben OECD-Staaten mit dem höchsten Bruttosozialprodukt, also auch Deutschland als Nummer 3, sowie zusätzlich Russland, gehören zur Gruppe der "G8" 2, die sich seit 1975 (ursprünglich als "G7") zum jährlichen Weltwirtschaftsgipfel trifft und globale ökonomische und allgemein-politische Fragen diskutiert sowie Aktionen abstimmt.

Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU und den ehemaligen Kolonien der EU-Mitgliedsstaaten im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum dienen die Verträge mit den AKP-Staaten (ursprünglich in Lomé, der neueste in Cotonou, Benin

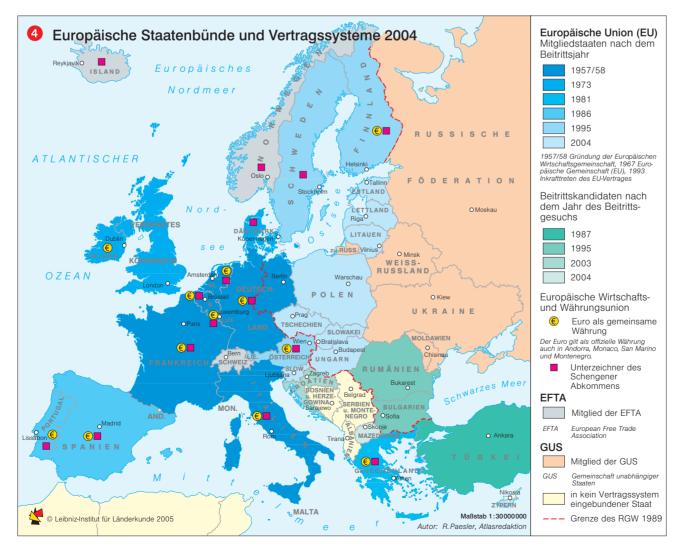


abgeschlossen) 2. Sie beinhalten hauptsächlich erleichterten Marktzugang und verbesserte Handelsmöglichkeiten mit der EU.

Eine ebenfalls wirtschaftlichen Zwecken, nämlich der Preisregulierung auf dem Welt-Mineralölmarkt, dienende Organisation ist die OPEC 2, die 1960 gegründet wurde. Ihr gehören z.Z. 11 Staaten an, die überwiegend zu den wichtigsten Ölförder- und -exportländern gehören. Ähnliche Zusammenschlüsse existieren auch für andere Rohstoffexporteure (z.B. Kaffee), doch konnten sie bisher nie die Wirksamkeit der OPEC erlangen.

Als eine Organisation, die primär kulturpolitische Zwecke verfolgt und nur der lockeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit dient, ist das Commonwealth dargestellt 2, eine Gruppe von Staaten, die als ehemalige Kolonien durch die gemeinsame englische Sprache, teilweise durch das gleiche Rechts- und Verfassungssystem, in einigen Fällen auch noch durch das gemeinsame nominelle Staatsoberhaupt, die englische Königin, mit Großbritannien verbunden sind.

Außerdem gibt es Organisationen und Vertragssysteme, die nur in einem Kontinent oder in räumlicher Nachbarschaft von Einzelstaaten bestehen. Auch hier handelt es sich überwiegend um wirtschaftlichen Zwecken dienende regionale Zusammenschlüsse, wie die



EU, die EFTA, die NAFTA, Mercosur, SADC, CARICOM, die GUS und die ASEAN **5**. Mit Ausnahme der EU beschränken sie sich meist auf Freihandelsabkommen, streben aber für die Zukunft meist engere ökonomische Bindungen wie gemeinsame Märkte an.

Der derzeit weltweit größte militärische Zusammenschluss ist die NATO

5. Die Bundesrepublik Deutschland gehört ihr seit 1955 an; am 1.4.2004 wurde sie in einer zweiten Erweiterungsrunde um sieben Mitglieder aus dem ehemaligen sozialistischen Staatenblock vergrößert. Seit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation verstärkt die NATO ihre politischen Funktionen im Sinne von Friedenserhaltung und Krisenbewältigung (z.B. im Kosovo)

() Beitrag Baustel, S. 52).

Organisationen, die eher auf gemeinsamer Geschichte, Kultur, Religion, Wirtschaftsweise und allgemeinen politischen Zielsetzungen beruhen, sind beispielsweise die Arabische Liga 2 und die 2002 als Nachfolgeorganisation der gescheiterten Organisation der Afrikanischen Einheit/OAU gegründete Afrikanische Union. Aufgrund vielfacher interner politischer Gegensätze sind diese Organisationen bisher wenig wirksam geworden.

#### Europäische Vertragssysteme

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Prozess der europäischen Einigung. Karte 3 zeigt neben den Mitgliedsländern der EFTA – die wegen des Beitritts der meisten ihrer ehemaligen Mitglieder zur EU nur noch eine Rumpforganisation ist – und des Europarates – dem als lockerem Zusammenschluss zum Zweck der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenarbeit fast alle europäischen Staaten angehören – insbesondere die Europäische Union.

Die EU entwickelte sich aus dem "Kerneuropa" der sechs Gründungsmitglieder, darunter die damalige Bundesrepublik Deutschland, zum gegen wärtigen Staatenbund mit 25 Mitgliedsstaaten. Einerseits vollzog sich dies als räumliche Ausdehnung in mehreren Etappen 4, andererseits als Kompetenzerweiterung durch Verträge und neue Institutionen. Als Stationen auf diesem Weg zunehmender Integration sind die Römischen Verträge von 1957 (Gründung der Europäischen Gemeinschaften) zu nennen, die Einheitliche Europäische Akte (1987), der Vertrag über die Europäische Union von 1993, der Vertrag von Amsterdam (1999, Stärkung der Gemeinschaftsorgane), die Einführung des Euro-Bargelds (1.1. 2002) und der Vertrag von Nizza von 2001, der 2003 in Kraft trat und die Grundlage für die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern im Jahr 2004 legte.

Dass innerhalb der EU unterschiedliche Geschwindigkeiten der Integration existieren, belegen die Grenzen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – Großbritannien, Dänemark und Schweden haben nicht den Euro als Währung eingeführt – und die Grenzen des "Schengenraums", innerhalb dessen es nach dem in Schengen/Luxemburg abgeschlossenen Abkommen Freizügigkeit ohne Grenzkontrollen gibt. Die neuen Mitglieder von 2004 nehmen zunächst an beiden Integrationsschritten noch nicht teil.

Das Vorhandensein weiterer Beitrittskandidaten 4 belegt die Attraktivität der EU. Allerdings stehen viele Länder einer Ausdehnung der Gemeinschaft eher skeptisch gegenüber. Es wird vor allem die Frage diskutiert, ob eine weitere Expansion oder eine stärkere Integration Europas im Vordergrund stehen sollte.

### **5**

### Regionale Organisationen 2004

